

vermischen menschliche und nichtmenschliche Akteure, wenn etwa Müll als Schmutz- und Abfallfrage mit ähnlichen Argumenten besprochen wird wie die Frage der städtischen Armut, die mit einer räumlichen »Regulierung« und Disziplinierung von in den sauberen Innenstädten unerwünschten »schmutzigen« Menschen »gelöst« wird. Das Beispiel zeigt, dass bei der kritischen Betrachtung gesellschaftlicher Prozesse nicht immer von einer – so Bruno Latour⁶³ – symmetrischen Beziehung zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Akteuren ausgegangen werden kann. Der Soziologe Boris Michel spricht von der »strafenden Stadt«⁶⁴, von den »Machttechnologien des Städtischen«⁶⁵, die im Zeitalter des Neoliberalismus auch Urbanität betrifft als Gesamt städtischen Handelns und städtischer Erscheinungen. Ihr Ziel ist die Prävention: Mit der Verhinderung kleinerer Vergehen soll großen zugekommen werden. Dieser Ursache-Wirkungs-Kurzschluss liegt der Ideologie der um sich greifenden Sicherheits- und Kontrollgesellschaft zugrunde. Gleichzeitig wird der Kampf gegen soziale Ungleichheit, Diskriminierung und Ausgrenzung als Ursachen für Kriminalität aus dem Blick verloren.

»Das unternehmerische Selbst« und die Befreiung aus der Überlagerungsmentalität

Ein zentraler Akteur im neoliberalen politischen Setting von Gouvernamentalität ist, in der Formulierung von Ulrich Bröckling, »das unternehmerische Selbst«⁶⁶. Der von der Logik des Marktes angeleitete Staat macht es sich zur Aufgabe, das Individuum zur Selbstverantwortung zu erziehen und die normativen Leitplanken der »strafenden Stadt« zu verinnerlichen. Der/die Einzelne sind aufgerufen, selbst Verantwortung für ihre soziale Absicherung, wie Renten- und Gesundheitsversorgung zu übernehmen, für ihre zunehmend

ban Pollution. Cultural Meanings, Social Practises. New York, Oxford 2009: Berghan, S. 163-177.

63 Vgl. Bruno Latour: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Berlin 1995.

64 B. Michel: Stadt und Gouvernamentalität, S. 63.

65 Vgl. ebd.: Städtische Gouvernamentalität. In: Linksnet 2009, <https://www.linksnet.de/artikel/24356> (10.08.2020)

66 Ulrich Bröckling: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/M. 2007.

unwägbarer Berufslaufbahn und Familienorganisation, und dabei Strategien der Bewältigung der Kontingenz des eigenen Lebens zu entwickeln. Sogar die soziale Stadtentwicklung wird ihm/ihr überantwortet, indem Bürgerfororen ehrenamtliche Quartiersarbeit leisten, oder wenn engagierte NGOs die Rolle des Staates in der Information und Versorgung von Deprivierten, Diskriminierten und Arbeitslosen übernehmen.

Kritik ist berechtigt, sofern sie nicht eine Vergangenheitsvorstellung idealisiert, die mehr auf einem »So-möchten-wir-gerne-gewesen-Sein« basiert als auf realen Gegebenheiten. Die vermeintlich bessere Vergangenheit der Nachkriegsmoderne, in der der Staat soziale Aufgaben und die Sorge um eine gerechte Verteilung der Güter und Chancen in den Mittelpunkt gerückt habe, war durchwegs von massiv ungleicher Genderrelationen und Ressourcenverteilung durchzogen und von rechtlicher und sozialer Diskriminierung von Minderheiten gekennzeichnet. Ohne einem renditefokussierten Neoliberalismus das Wort reden zu wollen, lässt sich die allmähliche Entlassung der Individuen aus staatlicher Entmündigung mit Norbert Elias auch als »Zivilisationsprozeß«, im Sinne eines schwierigen und verantwortungsvollen Demokratisierungsprozesses beschreiben. Dazu gehört es auch, »Prozesse der Selbstorganisation anzustoßen«.⁶⁷ Wie äußert sich ein solcher Selbstbefähigungsprozess? Christa Kamleithner schreibt:

»Das Individuum soll durch politische und planerische Interventionen in einem Netz von Beziehungen und Verantwortlichkeiten verortet werden – die jedoch nicht auf der Ebene der Nation oder Gesellschaft liegen, wie der moderne Wohlfahrtsstaat vorgeschlagen hat, sondern auf der emotionalen Ebene familiärer und freundschaftlicher Bande oder von Interessens- und Arbeitsgemeinschaften. Planung und Verwaltung beziehen sich zunehmend auf kleinräumige Gemeinschaften und soziale Nahräume. (...) Diese Rede ist auch in Kontinentaleuropa angekommen, wo Politik und Planung nach einer Verbindung von privatem Engagement und öffentlicher Steuerung suchen und in der Zivilgesellschaft und der Stärkung lokaler Netzwerke ein Allheilmittel sehen.«⁶⁸

Ein weiterer Kritikpunkt an den Partizipationsstrategien ist, dass sie bisweilen einen stark pädagogischen Charakter haben: »die Einbindung der Zivilgesellschaft« in Partizipationsprozesse, so Kamleithner, »läuft darauf hinaus,

67 Ebd., S. 36.

68 Ebd., S. 34f.

die Bürger und Bürgerinnen zu ›Angestellten‹ des ›Unternehmens Stadt‹ zu machen«. ⁶⁹ An diesen projektorientierten Initiativen bleibt das bürgerschaftliche Engagement in der Regel auf die gebildeten Mittelschichten beschränkt, beziehungsweise auf die gentrifizierten Quartiere, wo junge urbane Professionelle und Kreative in recht homogenen Kollektiven alternative und durchaus kritische Kulturevents organisieren. Marginalisierte Gruppen wie Sozialhilfeempfänger_innen, Asylbewerber_innen, Roma, Jugendliche aus schwierigen Milieus, alleinlebende ältere Frauen, sind dort kaum vertreten. Es ist die Moral und Ökonomie der städtischen Eliten, der *urban middle class*, die den Stadtraum mitgestalten, bestimmend wirken und sich durchsetzen.

Problematischer als die beschriebenen Prozesse der Selbstorganisation ist der Rückzug des regulierenden Staates aus der Ökonomie. Er verändert das Stadtbild, insofern Stadtentwicklung weniger an sozialen Fragen als an Fragen der ästhetischen Standortgestaltung im Rahmen ökonomischer Kalküle orientiert ist. Die postindustrielle Stadt lebt vom Tertiärsektor. Sie bewegt sich auf mittlere und größere Unternehmen zu, die ihre Standortentscheidungen nicht nur von örtlichen Steuersätzen ableiten, sondern auch von Fragen der Lebensqualität, der Stadtreputation, den angestrebten Sicherheiten. Städte werden im Zuge dieser Entwicklung zu Unternehmerinnen, die sich selbst als Produkt gestalten. Noch vor ihrem sozialpolitischen Auftrag, im Interesse aller Bürger_innen einer Stadt, aller Wählerinteressen zu agieren, werden sie zu Standortverwalterinnen. »Die postfordistische Stadt- und Regionalplanung beinhaltet (...) wesentlich das Werben um junge aufstrebende Unternehmen und insgesamt um Innovation«. ⁷⁰ Dabei stehen mehr und mehr ökonomische Prinzipien im Zentrum »moderner Regierungsrationalität«, ⁷¹ die Kulturbetriebe, Schule, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen erfassen, anstatt deren Curricula im Sinne von zivilgesellschaftlicher Selbstbefähigung und Gesellschaftskritik zu entwickeln.

Diese kritisch zu bewertenden Prozesse lassen sich zwar auf einer soziologischen Metaebene prägnant und verkürzt darstellen, aber sie verstellen auch den Blick auf die Verschiedenheit der Städte und ihrer Entwicklungsdynamiken. Jeder Ort verfügt über standort-, bevölkerungs- und entwicklungsspezifische Eigenheiten und reagiert in eigenständiger Weise auf übergreifende strukturelle Entwicklungen. Beate Binder hat dies auf differenzierte

69 Vgl. ebd.

70 Ebd., S. 37.

71 Ebd., S. 44.

Weise am Beispiel von Berlin aufgezeigt.⁷² Das soziologische Interpretament der *Eigenlogik* einer Stadt, definiert als »Ensemble zusammenhängender Wissensbestände und Ausdrucksformen«⁷³, klingt im Gegensatz zu dem kritischen Begriff des *Habitus* einer Stadt⁷⁴ fast marktgerecht. Es weist in diesem Zusammenhang eine rationalistische Konnotation des Vorhersehbaren oder Nachvollziehbaren auf, während die von Elisabeth Katschnig-Fasch formulierte und auf Graz gemünzte Eigenart einer Stadt⁷⁵ vor allem einen Möglichkeitshorizont sieht. Diesen gesteht die Kulturwissenschaft aller historischen Handlungsdynamik zu. Am Beispiel der Hafenstadt Marseille sei diese Eigenart des Stadthabitus vor dem Hintergrund der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Moderne – dem konstellativen Zusammenspiel von Ortspolyzentrik, Individualisierung, Zeit-Raum-Kompression, Governance und postkolonialer Wende – veranschaulicht und als Eigenwilligkeit einer Stadt in und zugleich neben dem Staat beschrieben.

Die Eigenwilligkeit der Stadt Marseille

»Sie bemüht sich, sie selbst zu bleiben, während sie eine andere wird.«
(Jean Viard)⁷⁶

Marseille, mit 870'000 Einwohner_innen (2018) die zweitgrößte Stadtgemeinde⁷⁷ Frankreichs, war 2013 stolze Trägerin des Titels einer europäischen Kulturhauptstadt und wollte damit die Aufmerksamkeit einer Öffentlichkeit auf sich ziehen, die die südfranzösische Hafenstadt bislang kaum im Blick hatte. Eine der beeindruckendsten Städte Europas und des Mittelmeerraumes lag seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts abseits der großen Touristenströme, Investitionsinteressen und Standortkalküle. Als antike Stadtgrün-

72 B. Binder: Streitfall Stadtmitte.

73 Vgl. Helmuth Berking, Martina Löw (Hg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Wiesbaden 2008, S. 78.

74 R. Lindner: Der Habitus der Stadt.

75 Vgl. Elisabeth Katschnig-Fasch: Möblierter Sinn. Städtische Wohn- und Lebensstile. Wien, S. 94–108; dies.: Im Wirbel städtischer Raumzeiten.

76 Marseilles Konturen. Geschichte und Modernisierung einer kosmopolitischen Hafenstadt. Jean Viard im Gespräch mit Alice Béja und Olivier Mouglin. In: *Lettre Internationale* 102 (2013), S. 48–51, hier: S. 49.

77 Der statistische urbane Raum (*unité urbaine*) von Aix-Marseille zählte 2016 1'587 Mio. Einwohner_innen, an dritter Stelle hinter Lyon mit 1'651 Mio. Einwohner_innen.